



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Rußland im Jahr 1866.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Rußland im Jahre 1866.

Von keinem der europäischen Großstaaten ist im Laufe des verfloffenen Jahres in der Presse so wenig die Rede gewesen, wie von dem russischen. Wochenlang hat die Rubrik „Rußland und Polen“ in den verbreitetsten Tagesblättern Deutschlands und Frankreichs leergestanden und die wichtigen Veränderungen, welche sich während der Frühlingsmonate des Jahres 1866 auf dem Gebiete der inneren Politik dieses Staats vollzogen haben, sind, weil sie mit den Wirren vor Ausbruch des deutschen Krieges zusammenfielen, im westlichen Europa beinahe ganz ignoriert worden. So wunderbar es klingen mag, es ist Thatsache, daß man in dem halbbarbarischen Rußland über das westeuropäische Leben und dessen Eigenthümlichkeiten wie über die politischen Vorgänge in Deutschland, England und Frankreich beinahe immer besser unterrichtet ist, wie umgekehrt. Ob dieser Umstand aus dem bekannten Talent der Slaven für die Beobachtung fremder Zustände, oder aus dem höheren Interesse zu erklären ist, welches die Culturwelt für den hat, der an ihren Gütern nicht direct theilnimmt, geht uns hier nichts an: an der Thatsache als solcher nehmen wir Veranlassung, dem deutschen Publikum eine zusammenfassende Uebersicht der jüngsten Erlebnisse jener merkwürdigen Welt des Ostens vorzulegen, welche sich nach Gesetzen bewegt, die der westeuropäischen Logik vielleicht noch lange unverständlich bleiben werden, weil in Rußland — wie ein Landeskundiger gelegentlich in den Oppenheimschen Jahrbüchern sagte — „zwei mal zwei heute gleich fünf, morgen gleich drei, aber niemals gleich vier ist.“

Stellen wir uns an den Ausgang des Jahres 1865, um an der damaligen Beschaffenheit der inneren Politik Rußlands einen Maßstab für den Umfang der seit den letzten zwölf Monaten eingetretenen Veränderungen zu gewinnen, so finden wir die seit dem polnischen Aufstande an das Ruder getretene nationaldemokratische Partei auf dem Zenith ihrer Macht und ihres Einflusses angelangt. Die Russificirung Lithauens und der Ukraine ist in vollem Gange: unter Leitung des Führers jener Fraction, die den aristokratisch-polnischen Charakter dieses Landes durch Vertheilung des gutsherrlichen Grundeigenthums unter Bauern und Knechte in einen bäuerlich-demokratischen zu verwandeln strebt — des Geheimraths Nikolaus Miljutin, ist der Generalgouverneur des wilnaer Militärbezirks General Kaufmann unermüdlich damit beschäftigt, katholische Kirchen zu schließen oder in griechisch-russische zu verwandeln, Edelleute und Priester, die sich zur Verläugnung der proscribirtten polnischen Nationalität nicht entschließen können, in das Innere des Reichs oder an die asiatische Grenze zu senden und

ihre Besitzungen unter „loyale“ Bauern zu vertheilen. Demokratisch-socialistisch gesinnte Beamte, die durch hohe Gehalte an die westliche Grenze gelockt sind und sich der lange gesuchten Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer Utopien erfreuen, wetteifern mit fanatischen Geistlichen der russisch-griechischen Kirche in rücksichtsloser Bekämpfung des „aristokratischen“ westeuropäischen Elements, das die Polen repräsentiren, um dann in den Spalten der allgewaltigen Moskauer Zeitung als „Missionäre der guten Sache“ gepriesen zu werden. Das Verzeichniß der confiscirten, sequestrirten und parcellirten Güter in den westlichen Gouvernements ist noch immer im Zunehmen begriffen, und da die erwarteten Käufer aus dem Innern des heiligen Rußlands sich immer noch nicht finden wollen, wird eine Bank zur Unterstützung russischer Güterkäufer in Litthauen gegründet. Parallel mit dem Register der eingezogenen Güter läuft das der Convertiten und die Bauern und kleinen Gutbesitzer, welche von der katholischen zur griechisch-orthodoxen Kirche übergetreten sind, werden schon nach Tausenden gezählt.

Ein Ukas vom 10. December verbietet die Erwerbung in den westlichen Gouvernements belegener Güter durch Personen polnischer Herkunft und decretirt, daß das Grundeigenthum sämmtlicher durch den letzten Aufstand compromittirter Polen binnen zwei Jahren verkauft sein soll. Veinane gleichzeitig fühlt der Minister des Innern sich bewogen, auch gegen andere „nichtrussische“ Theile des Reichs strengere Saiten aufzuziehen, ein Circularbefehl an die Censoren Liv-, Esth- und Kurlands macht es diesen Beamten zur Pflicht, den Kampf der deutschen Presse jener Provinzen gegen die russificatorische Tendenz der moskauer und petersburger Journale strengstens zu überwachen und jede Aeußerung zu unterdrücken, welche von einer Verkennung des engen Zusammenhangs jener Provinzen mit dem großen Reich zeuge. Der demokratische Domänenminister Selenny ernannt — gegen die unvordenkliche Praxis — einen Russen zum Chef der baltischen Domänenverwaltung und nährt durch Vermittelung dieses die Intriguen der jung-lettisch-panslavistischen Partei gegen das deutsche Element an der Ostsee; um den wankenden Einfluß der griechischen Kirche in Livland zu kräftigen, schlägt er vor, die Höfe der Domänengüter jenes Landes zu zerschlagen und Parcellen derselben an der griechisch-russischen Confession angehörige Bauernknechte zu vertheilen, um auf diese Weise die „Glaubensstreue“ jener Convertiten zu stärken und zugleich dem Princip des russischen Gemeindebesizes auch an den Stätten deutscher Cultur die Wege zu bereiten.

Der überfluthende Einfluß der in den Brüdern Miljutin und ihrem Freunde Selenny repräsentirten büreaukratisch-demokratischen Partei, die aus ihrem Haß gegen den russischen Adel und den großen Grundbesitz kein Hehl machte und laut verkündete, der mit dem Volke verbündete Absolutismus müsse, um consequent zu sein, mit der russischen Aristokratie ebenso rein Haus machen, wie mit der polnischen — wurde von den Bojarenkreisen Moskaus und Petersburgs

mit wachsender Eifersucht überwacht. Das aristokratische petersburger Wochenblatt „Wesstj“ führte gegen die Wirthschaft der Miljutin, Muramjew und Kaufmann seit Jahren einen erbitterten Kampf und sprach immer wieder davon, daß das persönliche Eigenthum bedroht sei und mehr und mehr aufhöre, eine Grundlage des russischen Staatslebens zu sein. In der That war in den neugeschaffenen Provinzialversammlungen der den Gemeindebesitz repräsentirende Bauernstand sehr viel reichlicher vertreten, als das persönliche Eigenthum an Grund und Boden, d. h. der Adel. Das Bedürfnis nach einer Einschränkung des Absolutismus, nach Beschaffung wirklicher Garantien für Recht und Eigenthum des Individuums wurde innerhalb der gebildeteren russischen Adelsverbände von Jahr zu Jahr lebhafter empfunden*). Jeder Versuch, den die Adelsversammlungen Moskaus und Petersburgs gemacht hatten, um den Monarchen zu einer freiwilligen Einschränkung seiner unbeschränkten Gewalt zu bewegen, diente aber nur dazu, die Macht der bürokratischen Anhänger des Absolutismus zu steigern: die Adresse, welche der moskowitzische Adel im Januar 1865 beschloß, um den adelsfeindlichen Machthabern ein Mißtrauensvotum zu ertheilen und seinen constitutionellen Wünschen einen bescheidenen Ausdruck zu geben, war vom Kaiser zurückgewiesen und mit einem Rescript an den Minister Walujew beantwortet worden, das dergleichen Eingriffe in die kaiserliche Initiative ein für alle Mal abschneidet.

Einer der Gegenstände, auf welchen die aristokratische Opposition bei ihren Anklagen gegen das herrschende Regime immer wieder zurückkam, war der jämmerliche Zustand der Finanzen. Beim Beginn des vorigen Jahres wies das Budget pro 1866 trotz der beiden neu emittirten inneren Prämienanleihen im Gesamtbetrage von 200 Millionen Rubeln und trotz der allbekannten Thatfache, daß der eigentliche Zweck dieser Operationen nicht der Bau neuer Eisenbahnen (wie es in dem betreffenden Ukas hieß), sondern die Zustopfung der zahllosen Löcher des Staatshaushaltes sei — noch immer ein Deficit von nahezu 22 Millionen Silberrubeln auf. Seit dem polnischen Aufstande und der Inauguration der fabelhaft kostspieligen Russificationspolitik, die eine Verstärkung des Militärbestandes zur Voraussetzung hatte, war dieses Deficit in fortwährendem Zunehmen begriffen gewesen: im Jahre 1863 hatte es 15³/₄ Mill., 1864 nicht weniger als 46¹/₂ Millionen, 1865 trotz der neuen englisch-holländischen Anleihe immer noch 22 Millionen betragen. Dazu kam, daß der Staat außer Stande war, auch nur eine der nothwendigen neuen wirthschaftlichen Unter-

*) Während die größeren englischen und französischen Blätter die Beschränkung des Absolutismus als den rothen Faden aller Bestrebungen der russischen Aristokratie anerkannt haben und seiner relativen Berechtigung gerecht geworden sind, wird die deutsche Presse nicht müde, diese Partei als russisches Kreuzzeitungsthum zu verlästern und in mechanischer Verehrung der demokratischen Schablone den Männern der bürokratisch-socialistischen Richtung und ihres Polenhasseß Weibrauch zu streuen.

nehmungen wirksam zu unterstützen, daß die Eisenbahnbauten nur mit fremden, hochverzinsten Capitalien fortgeführt werden konnten und die seit Jahren verheißene russische Bodenereditbank, deren der große Grundbesitz dringend bedurfte, aus Mangel an Mitteln nicht zu Stande kam. Weil die fortwährend mit Verlegenheiten kämpfende Reichsbank die Concurrenz neuer Werthpapiere auf dem Geldmarkt zu fürchten allen Grund hatte, fielen auch die zahlreichen privaten Unternehmungen zur Begründung von Creditgesellschaften zu Boden, mochten sie von Ausländern oder Inländern projectirt worden sein. — Schlimmer noch wie mit dem öffentlichen war es mit privatem Credit bestellt; der elende Stand der russischen Valuta und die starken Courschwankungen lasteten bleiern auf Handel und Industrie und die Furcht vor einer auch nur augenblicklichen Verminderung der Zolleinnahmen verhinderte den Finanzminister an der Verwirklichung seiner freihändlerischen Pläne, die durch das bekannte Memorandum des deutschen Handelstages angeregt, in den russischen Börsenkreisen übrigens mit entschiedenem Mißfallen aufgenommen worden waren. Der Protectionismus und die Phrase von der Nothwendigkeit einer nationalen, vom westlichen Europa unabhängigen Industrie waren und sind integrierende Theile des streng nationalen Programms und werden von den russischen Journalen (die St. Petersburger Börsenzeitung ausgenommen) ebenso unermüdlich wie andächtig wiederholt.

So war die Lage der Dinge beim Jahreswechsel und während der ersten Monate des neuen Jahres: jeder Tag schien das Wachsthum der national-demokratischen Partei und ihres Einflusses zu kräftigen, die Männer der Mäßigung, die Vertreter der westeuropäischen Cultur und der Toleranz gegen die nicht russischen Eigenthümlichkeiten der polnischen, deutschen und finnländischen Provinzen in den Hintergrund zu schieben. Da geschah es, daß der aus dem Gouvernement Saratow gebürtige frühere moskauer Student Wladimir Karakosow am 4. (16.) April ein Pistol gegen den im Sommergarten luftwandelnden Kaiser abschöß und durch dieses wahnsinnige Unternehmen die dritte große Wandlung in der Politik dieses Herrschers herbeiführte. Der Name für diesen dritten Abschnitt der Regierungsgeschichte Alexanders des Zweiten (die erste Epoche, 1856—1863, kann als die liberale, die zweite, 1863—1866, als die streng nationale bezeichnet werden) ist noch nicht gefunden, selbst über die Natur seiner charakteristischen Merkmale läßt sich noch streiten, aber ihr Vorhandensein glauben wir durch die Zusammenstellung der russischen Regierungshandlungen vom Januar bis December 1866 nachweisen zu können.

Der Augenblick des ersten starren Entschens über die That vom 4. April wurde von der national-bureaucratischen Partei mit großem Geschick benützt. „Das kann nur ein Aristokrat, ein Pole oder ein Deutscher gewesen sein“, hieß es in der von dieser Fraction inspirirten Presse, welche die Rettung des geliebten Czaren durch die Hand eines Bauern aus Kostroma zugleich als „symbolische“

Volksthat mit lautem Jubel verkündete. Um den bezüglichlichen Wünschen gleichzeitig nach mehren Seiten zu entsprechen, verbreitete die russische St. Petersburger Zeitung das Märchen, der Attentäter (dessen wahrer Name Wochen lang nicht ermittelt werden konnte) sei ein polonisirter Deutscher. Bald aber wandte sich das Blatt: der Verbrecher war ein Russe und zwar ein Socialist der extremsten Partei, zugleich Mitglied einer in Moskau und Petersburg verbreiteten revolutionären Gesellschaft, in deren Reihen weder Deutsche noch Aristokraten und nur einige wenige, dazu ganz unbedeutende Polen zu finden waren. Der Anhänger des reinen aus Frankreich importirten Socialismus, an deren Spitze der später als „Ideolog“ bei Seite geschobene Herzen gestanden hatte, gab es in Rußland seit dem Jahre 1863 nicht mehr sehr viele; das Groß der Partei war beim Ausbruch des polnischen Aufstandes in das national-demokratische Lager übergegangen, hatte seinem ursprünglich gegen die Regierung gerichtet gewesenen Zerstörungstrieb im Kampf gegen Polonismus und Katholicismus ein neues Object geschaffen und sein socialistisches Gewissen mit dem Troste abgefunden, durch Einführung des russischen Gemeindebesitzes in Polen und Litthauen werde der gänzlichen Vernichtung des persönlichen Eigenthums an Grund und Boden am besten vorgearbeitet. Die Minorität der entschiedenen Socialisten hatte sich dem Drange der Umstände nur widerwillig gesüßt; sich selbst überlassen, vertiefte sie sich in die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, alle bestehende Ordnung über den Haufen zu werfen, Eigenthum, Staat, Kirche, Ehe, Gesellschaft u. s. w. gewaltsam zu vernichten, statt des Socialismus den Communismus auf den Thron zu setzen und dieses große Werk mit der Ermordung des pseudo-liberalen Czaren einzuleiten. Man nannte diese kleine, aber fanatische Gruppe (die Turgenew in seinem Romane „Väter und Söhne“ trefflich charakterisirt hat) die „Nihilisten“, weil sie absolut nichts gelten ließen und nur in der Zerstörung des Vorhandenen das Heil sahen. Zwischen ihnen und jenen oben erwähnten, gut kaiserlich gesinnten Männern der national-demokratischen (richtiger socialistischen) Partei lag eine tiefe Kluft — daß es an Berührungspunkten aber nicht ganz fehlte und daß der wichtigste derselben in der fanatischen Verehrung des altrussischen Gemeindebesitzes bestand, ließ sich doch nicht läugnen. Dieser Umstand genügte, um den Conservativen für den Augenblick das Uebergewicht zu verschaffen. Zum Generaldirector der geheimen (politischen) Polizei wurde wenige Tage nach dem Attentat der Generalgouverneur von Liv-, Esth- und Kurland, Graf Schuwalow, ein hochbegabter Administrator und entschiedener Gegner der Miljutin, ernannt, die Leitung der Untersuchung gegen Karafosow und Genossen wurde dem Grafen Murawjew übertragen, der zwar ein entschiedener Polenfeind, ja der erste Russificator Litthauens gewesen war, als alter Soldat und Aristokrat aber von tödtlichem Haß gegen seine früheren Bundesgenossen erfüllt war. Hatte er die socialistischen Bureauraten auch zur

Zeit seines wilnaer Proconsulats vielfach benutzt, so wollte er doch von ihren „modernen“ und „demokratischen“ Tendenzen nichts wissen, — er gehörte der nikolaitischen Schule an und sah es schon ungern, daß Nichtmilitärs überhaupt zur Geltung kamen. Das erste Opfer seines neugewonnenen Einflusses war der Unterrichtsminister Golownin, ein Anhänger seines Todfeindes des Großfürsten Konstantin; man machte es diesem Staatsmann zum Vorwurf, durch seine Begünstigung des Realschulwesens und der naturwissenschaftlichen Studien der Verbreitung der communistic-materialistischen Lehren des Nihilismus vorgearbeitet zu haben und ersetzte ihn durch den conservativen Grafen Tolstoy, einen Freund Schuwalows.

Von dem wachsenden Einfluß dieses Mannes, der gegenwärtig dem kaiserlichen Vertrauen am nächsten stehen dürfte, zeugte alsbald eine Reihe anderer wichtiger Veränderungen. Schuwalows Nachfolger in Riga wurde der conservativ-liberale und dabei höchst human gesinnte Graf Baranow, ein persönlicher Freund des Kaisers; Finnland erhielt den gleichfalls der gemäßigten Partei angehörigen Grafen Adlerberg (den zweiten Sohn des Hofministers) zum Statthalter, der derselben Richtung angehörige Geheimrath Deljanow wurde Gehilfe des Unterrichtsministers, der livländische Landmarschall und bewährte Führer der liberalen Partei des kur- und livländischen Adels Fürst Paul Wiewen Curator des petersburger Lehrbezirks und Oberceremonienmeister. Schuwalows Einfluß endlich war es zuzuschreiben, daß der Finanzminister v. Reutern vor dem ihm bestimmten Loose, Murawjew's Grimm zu verfallen und seinem Freunde Golownin in das Privatleben zu folgen, bewahrt blieb: er mußte sich dazu verstehen, einen Freund des jungen Polizeiministers, den General Greigh, zu seinem Gehilfen zu nehmen. Diesen Personalveränderungen, die rasch auf einander folgten, gab ein kaiserliches Rescript vom 23. Mai alsbald die authentische Interpretation: Recht, Eigenthum und Religion — so hieß es in jenem Actenstück, das von der damals mit Kriegsforgen überbeschäftigten deutschen Presse vollständig ignoriert wurde — seien durch gefährliche socialistische Umtriebe, denen man zufolge des Attentats auf die Spur gekommen, schwer bedroht; die liberalen Absichten der Regierung seien mißverstanden worden, der Kaiser erkläre feierlich, daß er die Nothwendigkeit des Eigenthums anerkenne, daß er sich auf die conservativen Elemente des Staatslebens, zumal auf den Adel stützen und jede Agitation gegen denselben, rühre sie her von wem sie wolle, — niederhalten werde.

Dieser kaiserlichen Willensmanifestation folgten verschiedene Regierungshandlungen, welche darauf schließen ließen, daß man die Zügel schärfer anziehen entschlossen sei. Zwei radical-demokratische Journale wurden unterdrückt und die bis dahin allmächtig gewesene Moskauer Zeitung, von der ausgemacht war, daß sie über dem Gesetz stand, wegen Ungehorsam gegen die Anordnungen

des Ministers Walujew (sie hatte eine ihr ertheilte Verwarnung nicht abgedruckt) auf zwei Monate suspendirt. Wie groß aber war das allgemeine Erstaunen, als gegen Ende des Maimonats bekannt wurde, das Haupt der socialistisch-bureaucratischen Partei, der entschiedenste Feind des Adels und der conservativen Principien, der Geheimrath Nikolaus Miljutin, sei zum Staatssecretär für Polen ernannt und der bisherige Chef dieser Administration Platonow verabschiedet worden. Deutlicher als durch diese Ernennung konnte nicht gesagt werden, daß die kaiserlichen Entschliesungen zu Gunsten des conservativen Princips eine sehr bestimmte Grenze hätten, daß Polen außerhalb des Gesetzes stehe, daß man es versuchen wolle, hüben mit conservativen, drüben mit socialistisch-terroristischen Grundsätzen zu regieren, hier das Eigenthum und das formelle Recht zu conserviren, dort die rücksichtsloseste Utilitätspolitik walten zu lassen.

Die Sommermonate, welche der Kaiser dieses Mal in und bei Moskau zubrachte, waren beinahe vollständig mit der Theilnahme an den Ereignissen in Deutschland ausgefüllt. Beim Ausbruch des Krieges waren Hof und Gesellschaft entschieden österreichisch gesinnt. Die Königin von Württemberg hatte ihren Aufenthalt in St. Petersburg dazu ausgebeutet, gegen Preußen und für den deutschen Particularismus zu agitiren und während der ersten Wochen des böhmischen Feldzugs überboten die russischen Zeitungen einander in Invectiven gegen die bismarcksche Politik. Die zufolge eines Immediatgesuchs bei dem Kaiser rehabilitirte Moskauer Zeitung warnte vor der Zunahme der preussischen Macht, erklärte, daß Rußlands Einfluß an der Ostsee schwer bedroht sei und daß die Regierung ihre Maßnahmen zu Gunsten der Russificirung Polens, Litthauens und der Ostseeprovinzen möglichst beschleunigen müsse, wenn es einer preussischen Invasion in diese Grenzlande begegnen wolle. Nach der Schlacht bei Königgrätz änderten zuerst die officiellen, später auch die unabhängigen Blätter den Ton. „Wir haben kein Interesse an dem Fortbestande der österreichischen Monarchie und ihrer Großmachtstellung“ lautete jetzt die Parole. Man ließ sich die preussischen Erfolge gefallen, weil man von ihnen zu Gunsten des erweiterten russischen Einflusses in den süd- und westslawischen Ländern Oestreichs und der Türkei Vortheil zu ziehen hoffte und zugleich meinte, Graf Bismarck werde die Zustimmung Rußlands zum nikolsburger Frieden und den Annexionen in Deutschland mit der Verpflichtung auf eine directe oder indirecte Unterstützung der orientalischen Politik des petersburger Cabinets erkaufen müssen. —

Was dem französischen Volk die Rheingrenze, ist dem russischen die orientalische Frage: Der Punkt, auf welchem die verschiedensten Parteien und Richtungen einander begegnen. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, die Fahne mit dem griechisch-russischen Kreuz dereinst am Bosporus aufzustecken und von Stambul aus ein orientalisches Slawenreich zu begründen, wurzelt ebenso tief in den religiösen, wie in den politischen Traditionen des russischen

Volks, das sich nicht nur den slawischen Stämmen der Türkei eng verbrüdet weiß, sondern auch die heilige Verpflichtung fühlt, jenes Byzanz, das die Wiege der christlichen Cultur Rußlands war, von den Gräueln der Ungläubigen zu reinigen und wiederum zum Mittelpunkt der orientalischen Christenheit zu machen. Beinahe ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihres Einflusses auf die Lösung der orientalischen Frage wurde die große Umgestaltung Deutschlands in Rußland aufgefaßt und beurtheilt. Während im westlichen Europa die deutsche Frage auch in den letzten Monaten des abgelautenen Jahres im Mittelpunkt aller Interessen stand und die Beschäftigung mit den Vorgängen an der unteren Donau, auf den türkischen Inseln und in Galizien auf einen ziemlich kleinen Kreis von Politikern beschränkte, wandte man in Rußland den deutschen Dingen schon Anfang September beinahe vollständig den Rücken, um wieder und immer wieder von der Erweiterung der russischen Macht im Südosten Europas zu handeln. Die russische Presse sprach sich mit einer beinahe beispiellosen Einstimmigkeit gegen die Anerkennung des Prinzen von Hohenzollern und gegen die Vereinigung der Donaufürstenthümer aus, in welcher man ein Werk westmächtlcher Intriquen sah. — Die Moskauer Zeitung, noch immer das tonangebende Blatt, erklärte wiederholt, sie sehe den pariser Frieden für nicht mehr rechtsverbindlich an und müsse im Namen der Nation die Revindication des 1856 verloren gegangenen Theils der Moldau, sowie die Besetzung der Donaumündung fordern: wo es die Ehre und die geheiligte Tradition des Vaterlandes gelte, müsse jede andere Rücksicht, auch die auf die Finanzlage schweigen. Nach längerem Zaudern entschied die Regierung sich dafür, dieses Mal noch nicht zuzugreifen; sie ließ es geschehen, daß die von ihr wiederholt und entschieden gemißbilligte Union der Fürstenthümer zur vollendeten Thatsache wurde und behielt sich nur die freie Action für die Zukunft vor. Die Rücksicht auf die Finanzen ist neben der Hoffnung auf die zunehmende Besetzung des österreichischen Kaiserstaats als Hauptgrund dieser Zurückhaltung anzusehen, in welche die große Mehrzahl der russischen Politiker sich nur ungern gefügt hat.

Die Theilnahme für die Dinge in der Türkei ist während der letzten Monate nur noch von der überboten worden, welche die russische Gesellschaft für das Schicksal der angeblich in ihren heiligsten Interessen bedrohten Russinen Galiziens an den Tag gelegt hat. Das Verhältniß zwischen Russen und Polen ist in der südöstlichen Hälfte Galiziens genau dasselbe, wie in Litthauen und der Ukraine, hier wie dort steht dem polnisch-katholischen Adel ein russisch-orthodoxes bäuerliches Element entgegen. Die Ernennung Goluchowskis, des Hauptes der galizischen Adelspartei, zum Statthalter des Großfürstenthums, ist von den Nationalen und Demokraten Rußlands mit einer Bitterkeit aufgenommen worden, die ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht hat. Dieser „letzte Act der polnischen Tragödie“ ist in den Augen der russischen Politiker der Rechtstitel

zu einem Einschreiten des in seinen polnischen Landestheilen bedrohten Rußland in die inneren Verhältnisse der slavischen Völker Oestreichs. Die Organe der petersburger und der moskauer Presse wetteifern in leidenschaftlichen Mahnungen zu Gunsten einer Intervention, welche den Sieg des demokratisch-russischen über das polnisch-aristokratische Element vollenden und der orientalischen Politik Rußlands die moralische Unterstützung der außerrussischen Slawenstämme für alle Zeiten sichern soll. Mit der Lösung jener großen Frage der Zukunft müsse unter allen Umständen in Oestreich der Anfang gemacht werden.

Zu den interessantesten und wichtigsten Merkmalen des politischen Lebens in Rußland gehört, daß die inneren Fragen, um welche es sich im Kampf der Parteien handelt, beinahe ohne allen Zusammenhang mit den auswärtigen sind, daß es bezüglich dieser in der Regel keine Meinungs- und Parteiverschiedenheiten giebt, die sich außerhalb der Hof- und Regierungskreise bemerkbar machten. Der politische Instinct dieser Nation ist trotz des niedrigen Bildungsgrades so ausgebildet, daß sich eine auswärtige Verwicklung nur am Horizont zu zeigen braucht, um sofort allen inneren Händeln Schweigen zu gebieten. Wenn das im letzten Halbjahr nicht so vollständig der Fall gewesen ist, wie in früherer Zeit, so hat das einfach darin seinen Grund, daß die Regierung die Vorgänge in Galizien und an der Donau scheinbar ihren Gang nehmen ließ und ihre Abneigung, zur Zeit in kriegerische Verwickelungen einzutreten, wiederholt und deutlich documentirte, weil sie den Augenblick nicht für geeignet hielt. Daraus erklärt sich, daß trotz der Theilnahme, welche man den Ereignissen im Westen schenkte, die Kämpfe und Arbeiten im Innern ihren ununterbrochenen Fortgang genommen haben.

Am Anfang Juni trat die seit Jahren vorbereitete Neugestaltung der Justiz für Moskau, Petersburg und die angrenzenden Gouvernements ins Leben, fürs Erste mit entschieden günstigem Erfolg. An zahlreichen Mißgriffen der jungen Geschworenengerichte hat es zwar nicht gefehlt, desto glücklicher ist der Griff gewesen, den die Regierung mit Einführung des Instituts der Friedensrichter für Bagatellstreitigkeiten und Polizeivergehen gethan hat. Das tief erschütterte Vertrauen des Volks zu der Rechtspflege hat sich plötzlich gehoben, die „neuen Gerichte“ sind der Gegenstand der allgemeinsten und dankbarsten Verehrung aller Classen, und in die sonst tief verachtete Classe der Justizbeamten scheint ein neuer Geist gefahren zu sein. Die Erwartung, welche die Regierung an die neuen Gerichtshöfe gestellt hatte, sind so glänzend übertroffen worden, daß der Justizminister, seiner ursprünglichen Ansicht zuwider, die Ausdehnung derselben auf eine größere Zahl von Gouvernements angeordnet hat. Merkwürdig genug, daß die Reform der Justiz, zu welcher eigentlich niemand in Rußland rechtes Vertrauen hatte, sehr viel glücklicher von Statten gegangen ist als die Mehrzahl der übrigen Reformen.

Desto trauriger sah und sieht es mit den Finanzen aus. Trotz einer neuen Anleihe zur Deckung der fälligen Zinszahlung der auswärtigen Schuld und der Emission von 9 Millionen neuer Schatzschildscheine, ist das Deficit für 1866 von 21 auf 36 Millionen gestiegen und die Noth so groß, daß man zu Ersparnissen auf allen Gebieten seine Zuflucht nehmen mußte, um nur nothdürftig durchzukommen. Das Budget der Flotte geht bedeutenden Reductionen entgegen, die bereits sehr schlecht bezahlten Administrativbeamten sollen künftig noch schlechter bezahlt werden, die Kosten für die Verpflegung der Armee sind auf ein so geringes Maß herabgedrückt worden, daß kaum ein halber Silbergroschen für den täglichen Unterhalt des Soldaten übrig bleibt, und die Hauptquelle der indirecten Einnahmen des Staats, die Branntweinsteuereinnahme ist so maßlos gesteigert, daß den Producenten eigentlich nur die traurige Alternative gelassen ist, Betrüger oder Bankerotteure zu werden. Nur die Ausgaben für den Hof und für die „missionäre“ Bureaucratie in den früher polnischen Ländern sind die alten geblieben und die Unkosten, welche die Vermählung des Thronfolgers verschlungen hat, werden nach Millionen berechnet. — In directem Gegensatz zu dem Gang der Ereignisse während des vorigen Herbstes und Winters haben die Parteikämpfe der letzten Monate zu einer Reihe von Niederlagen der miljutinschen Partei geführt. Der plötzliche Tod des Grafen Murawjew befreite den Grafen Schuwalow von dem gefährlichsten seiner Rivalen. Jetzt ging der kühne junge Staatsmann dem Nachfolger Murawjews und Hauptwerkzeug der Nationalitätsfanatiker zu Leibe; der Generalgouverneur von Wilna, Kaufmann, mit dem er bereits als Statthalter in Riga zu Gunsten verfolgter und nach Kurland geflüchteter Polen manchen Strauß gekämpft hatte, wurde von Schuwalow gestürzt und trotz der Verwendung des Kriegsministers und seiner übrigen Freunde zu einer elfmonatlichen Reise ins Ausland veranlaßt, zu seinem Nachfolger der eben erst in den Ostseeprovinzen heimisch gewordene Graf Baranow ernannt, ein Mann, dessen milde edle Gesinnung die beste Bürgschaft dafür bot, daß es mit dem Terrorismus in den westlichen Gouvernements zu Ende sei.

Die Wirkung dieses kühnen Griffes war so groß, daß er Freunde wie Gegner für einen Augenblick um alle Fassung brachte. Mit einer Leidenschaftlichkeit, die der Sache der Conservativen nur schaden konnte, schleuderte die *Wesstj* (das Organ der constitutionellen Adelpartei) dem entsetzten wilnaer Generalgouverneur ihre Verwünschungen nach, und die kluge, fein berechnete Haltung der geistigen Schöpferin der Russificirungspolitik in Polen, der Moskauer Zeitung, wurde im ersten Schrecken so vollständig außer Augen gesetzt, daß der Leiter dieses Blattes erklärte, wenn die in Litthauen gethane russische Arbeit nicht verloren gehen solle, müsse ein Staatssecretariat für die westlichen Gouvernements geschaffen und diesem der neue Generalgouverneur von Wilna

untergeordnet werden. Seitdem wogt der in der Presse geführte Parteilampf leidenschaftlich hin und her: die Moskauer Zeitung, die den Finanzminister, den Justizminister und den Minister des Innern zu Feinden hat, ist bereits soweit gegangen, die russischen Conservativen als Polenfreunde und Verräther an der nationalen Sache zu denunciren und dem Grafen Schuwalow wenigstens indirect den Krieg zu erklären. In den ersten Decembertagen hat dieser einen Sieg erfochten: sein Todfeind Miljutin, der abgöttisch verehrte Vorkämpfer der national-demokratischen Sache ist von einem Schlaganfall zu Boden geworfen, er selbst mit der Leitung der polnischen Angelegenheiten provisorisch betraut worden.

In einem Staate, dessen Verhältnisse lediglich durch den unberechenbaren Willen eines Einzelnen bedingt sind, in dem vor den sachlichen rein persönliche Einflüsse bestimmend wirken, läßt sich keine Conjecturalpolitik treiben. Rußlands innere Politik steht an einem Scheidewege — ob sie rechts oder links wenden wird, ob man es versuchen wird, wie bisher einen Mittelweg zu gehen, hier im liberalen Sinne zu reformiren, dort zu Gunsten blinder Nationalitätsleidenschaften eine vorhandene Culturentwicklung niederzutreten und den maßlosesten Terrorismus walten zu lassen — das weiß niemand zu sagen. Die verhängnißvolle polnische Frage ist es, welche die Zukunft Rußlands bedingt, welche seit vier Jahren auf alle inneren Fragen entscheidend eingewirkt, das Leben der Nation gewaltsam in neue Bahnen gedrängt, seine Entwicklung zu höherer Cultur, wahrer Freiheit und echter Menschlichkeit gehemmt hat. Ueber die Zukunft Polens ist das letzte Wort aber noch nicht gesprochen: wenn es gesprochen wird, hat Deutschland auch mitzureden und, Dank den großen Ereignissen des Sommers 1866, wenn das Deutschland unserer Zeit seine Stimme erhebt, kann sie nicht mehr überhört werden. Das Panier der deutschen Eroberung Polens ist ein anderes als das russische. Nicht das Schwert und nicht das byzantische Kreuz, auch nicht der Köder der Ackervertheilung ist es, der unsern Culturpionieren vorausgetragen wird, die Kraft der höheren Gesittung, der im Dienst eines sittlichen Princips gethanen Arbeit ist es, was ihnen den Sieg verbürgt. Die Russen wissen das wohl und die Furcht davor, die Germanisation werde die Weichsel überschreiten, bevor die Russificirung auch nur bis an die Grenzen des Königsreichs gedrungen, ist eines ihres Hauptargumente für Beschleunigung der blutigen Arbeit auf polnischer Erde. Führt eine frühere Krisis in der orientalischen Frage nicht zur Entscheidung über die künftige Stellung Rußlands in der europäischen Welt, so wird sich — wie wir die Dinge ansehen — dereinst zwischen Weichsel und Njemen die Frage lösen, ob die Slawen wirklich berufen sind, die Träger der Cultur der Zukunft zu werden, oder ob es mit der Aufgabe, welche das deutsche Volk auf Erden zu lösen hat, noch nicht zu Ende ist.